

# Arbeiter-Zeitung

Groß-  
werbetag  
Sonntag, 26. April  
Alles heraus!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale  
Verbreitungsgebiet Ostpreußen / Weichseln / Der rote Stern / Rand  
Erdbeil / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Kampf

7. Jahrgang

Dresden, Freitag den 24. April 1931

Nummer 72

## Vorstoß gegen Sozialabbau und Brotwucher!

### Von KPD Einberufung des Reichstags gefordert

Berlin, 24. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Während in den Volksmassen eine tiefe Erregung über die vorbereiteten neuen Notverordnungen der Regierung Brüning herrscht, zeigt sich der amtlich geläuterte Sozialabbau immer freier. Angesichts der un-  
glaubwürdigen Diktaturpolitik der Regierung Brüning gegen das arbeitende Volk hat der Vorstoß der kommunistischen Reichs-  
tagfraktion, der Genosse Walter Stöcker, gestern beim Reichspräsidenten Lohde die sofortige Einberufung des  
Reichstags beantragt und gleichzeitig eine Interpellation und einen Antrag eingebracht. Die SPD wird neuer  
Gelegenheit haben, ihre völkerverfeindliche Mittelrolle für Brüning zu enthüllen. Arbeiter - mit der KPD!

Die Interpellation der KPD hat folgenden Wortlaut:

Durch die Notverordnungen der Brüning-Regierung vom 27. Juli und 1. Dezember 1930, die von der Sozialdemokratischen Partei und den nationalsozialistischen Landesregierungen in Zustimmung und Freundschaft gebilligt und angenommen worden sind, sind im Höchstmaß völkerverfeindliche Beschränkungen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung und der Alterspensionsversicherung durchgeführt worden. Diese Abbaumaßnahmen brachten bei steigender Erwerbslosigkeit nicht nur die Versorgung der Unterhaltungslosen, sondern auch den Ausblick weiterer Schichten aus der Arbeitslosenversicherung und Altersversorgung. Bei 5 Millionen Erwerbslosen des wertvollsten Volkes gerabert juchend. Die rücksichtslose Anwendung der Schlichtungsstellen durch den Arbeitsminister Engelwald, die Politik des Brüning-Kabinetts, brachte für 1,2 millionen Arbeiter, Angehörigen und Beamten bereits eine Kürzung des gesamten Lohnausgleichs um 5 Milliarden Mark. Die sogenannte Preissteigerung der Reichsregierung war nur ein bewußtes Instrumentarium zur Verschärfung des ungenügenden Lohn-, Gehalts- und Unterhaltungsstandes. Die Lohnsenkungspolitik des Kabinetts Brüning, welche hat im Gegenteil zu unerträglichen Preissteigerungen führt bei den wichtigsten Lebensmitteln geführt, insbesondere zur Preissteigerung. Die steigenden Kosten der Lebenshaltung verhalten die Wirtungen aller Abbaumaßnahmen ins Unrecht. Im Interesse des Volkswohls ist es ungenügend, auf die Lohn- und Gehalts- und die gesamte Sozialpolitik vorber-  
reite. Neue Notverordnungen sollen die Kürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden die Woche ohne Lohnausgleich bringen, d. h. weitere Kürzung der Löhne um 15 bis 18 Prozent. In der Arbeitslosenversicherung sollen die Unterhaltungs-  
sätze in den Wohnstätten 6 bis 11 um 10 bis 15 Prozent gesenkt, die Wartekosten verlängert, die Unterhaltungsbezüge noch mehr gekürzt werden, die Unfall-, und Krankenversicherungs-  
beiträge und die Kriegspensionsbeiträge, die Hungerrenten ebenfalls um ein beträchtliches herabgedrückt werden. Für die großen Familien der unteren und mittleren Beamten wird ein neuer völkerverfeindlicher Gehaltsabbau angedacht. Die Droh-  
politik der Regierung Brüning hat die Gemeinden bei steigenden Wohlfahrtsausgaben an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs geführt. Obwohl die Wohlfahrtsunterstützungs-  
einlagen jetzt schon ein geradezu unerträgliches Hunger- und Elendbafeln juchend, gehen die Gemeinden zum radikalen Abbau der jetzt so jämmerlichen Richtigkeits über. Die neuen völkerverfeindlichen Vorstöße will die Regierung Brüning nach Durchführung des Reichstags durch die neue Notverordnung auf Grund des Artikels 48 durchführen. Die kommunistische Reichs-  
tagfraktion hat die sofortige Einberufung des Reichstags gefordert, um nach der Wahl der neuen Notverordnungen eine Stellungnahme des Reichstags und der Parteien herbeizuführen. In die Reichsregierung bereit, sich im Reichstag über die völkerverfeindlichen Pläne zu äußern und zu verantworten?

Der kommunistische Antrag gegen die Notverordnungen lautet:  
Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern,  
1. feinerer weitere Abbaumaßnahmen in der Arbeitslosen-, Unfall-, Kranken-, und Altersversicherung, sowie auch der Kriegspensionsversicherung vorzunehmen und auf Grund des Artikels 48 keine Notverordnungen arbeiterfeindlichen und antisozialen Inhalts zu erlassen;  
2. die Familienfürsorge bereit zu äußern, daß die Unter-

### Störungslieder gegen „Banzerkreuzer Morgenrot“

Dresden, den 24. April  
Bei der gestrigen, glänzend besetzten Massenveranstaltung zur Übertragung des Moskauer Schicksals „Banzerkreuzer Morgenrot“ nach dem Regierheim, kam es zu ungeheuerlichen Störungen durch den deutschen Störungslieder, der nicht nach Beginn der Darbietungen mit sollem Wucht einsetzte. Genosse Bruno Goldbaum erklärte darauf vor überhörtem Saal die schärfsten Methoden der herrschenden Klasse und ihrer Sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Verbände im Kampf gegen die Gewerkschaften und tief unter tosendem Beifall zur Massenfeierlichkeit mit dem roten Flaggen auf. Ein Begrüßungsprogramm am Regierheim, anlässlich seines Eintritts in die KPD, nach einstimmiger Annahme. Die Versammlung gelobte, die Kommunistische Partei in ihrem Kampf zu unterstützen und am 1. Mai unter Sowjetbannern aufzumarschieren



Der Preis des Brotes soll bis 52 Pfg. getriggert und ein verächtlicheres Konsumbrot, ein Kriegsbrot eingeführt werden

Wahrscheinlich auf die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit ausgedehnt und alle höher nichtunterstützten in die Familienfürsorge einbezogen werden:  
3. einen Hechtentwurf vorzulegen, der die sofortige Einführung des Eisenbrotentages und die 48-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich vorseht.

### Antwort an Brüning, Schick, Severing Straßenbahner Raufhitz und Trachenberge am 1. Mai mit KPD

(Arbeiterkorrespondenz 890)  
Die am 21. April 1931 verammelten Reichstags- und Sozialarbeiter des Straßenbahnhofs Raufhitz erheben lautstark Protest gegen das Diktaturregime der Regierung Brüning und ihren schändlichen Minister Schick. Die Reichstagsmitglieder erkennen in der neuen Notverordnung ein Ausnahmeregime gegen die Arbeiterklasse. Dieses Ausnahmeregime dient der verschärften Durchführung des schändlichen Kurzes, insbesondere der Lohnabbauoffensive der Unternehmer. In dem Kampf der Arbeiterklasse gegen die schändliche Diktatur leben die Reichstagsmitglieder nur in der KPD ihre Führung. Die SPD hat durch ihre arbeiterfeindliche allgemeine und Gewerkschaftspolitik dieses Diktaturregime gestützt; die schändlichen „linken“ sozialdemokratischen Führer Hagel und Weidel haben die Schick-Regierung und haben gegen die KPD, KPD und die Einheitsfront von unten. Deshalb beschließen die Reichstagsmitglieder, am Reichstagsplatz, dem 1. Mai, sich an den Demonstrationen der KPD teilzunehmen. Gleichzeitig wird noch gegen den nationalsozialistischen Haushaltplan der Stadt Dresden, insbesondere die geplanten Massenentlassungen Stellung genommen und sie auf das entschlossenste abgelehnt.

Es wurde ein Reklameteam von drei Mann einstimmig gewählt.  
(Arbeiterkorrespondenz 920)  
Die in einer Betriebsversammlung am 23. April von kommunistischer Seite des Straßenbahnhofs Trachenberge durchgeführten Protest gegen die Brüning-Severing-Schick-Notverordnung.  
Die Einführung der 48-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich und der weiter geplanten Abbau auf 40 Stunden durch die nationalsozialistische Gewerkschaftsbürokratie gehört ebenso zur Notverordnung und ist ein Mittel, die Arbeiterklasse der Gemeindebetriebe unter den Willen der Lohnknechtschaft zu bringen.  
Die Reichstagsmitglieder protestieren gegen die vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Regierlöhne auf das 4fache, gegen den Unterhaltungsstand an den Ämternunterstützten. Sie erkennen, daß der Haushaltsplan der Gemeinde Dresden ebenfalls nach den Diktaturforderungen der herrschenden Klasse angelegt ist und wie aus dem Artikel des SPD-Bürgermeisters Dr. Schick im Dresdner Anzeiger vom 22. April ersichtlich ist, ebenfalls mit Hilfe diktatorischer Maßnahmen (Gemeindefiskus) durchgeführt werden soll.  
Die Reichstagsmitglieder fordern alle Straßenbahner und darüber hinaus die gesamte Arbeiterklasse auf, gemeinsam mit der KPD und der kommunistischen Partei als der einzigen Führerin des Proletariats am 1. Mai, dem Weltkampftag des Proletariats, zu demonstrieren.

### Polizeioffiziere salutieren vor Geldte!

Kundgebung für das schändliche Königshaus unter Polizeischutz / Offene Anklage einer „Reuordnung im Reich und in Sachsen“

Dresden, den 24. April  
Der getriggerte Schick-Bauzug wurde durch die brutale Art des Zusammenstoßes zwischen Polizei und den tatsächlichen Herden zu einer freien Kundgebung der schändlichen Reaktion gegen die gesamte Arbeiterklasse. Beim Empfang Schicks, der in Begleitung hoher Offiziere der militärischen Kräfte er-  
schien, standen die Schuppleiten herum. Eine ganze Anzahl Polizeioffiziere grüßte die schändliche Clique militärisch. So offen war die Solidarität der Organe des „republikanischen“ Staates mit den Staatsbeamten, daß Geldte in seiner Rede im Zirkus sich sein Blut vor dem Mund nahm.  
Bei der Einführung leitete ihn der berühmte Hauptmann Hauße eine unerhörte Prozedur der Dresdener Arbeiter durch eine Lobhudelei auf das abgesetzte Königshaus, zu dessen Ehren, auf seine Aufforderung hin, die ganze Arbeiterklasse sich erheben. Er erwiderte ein ganz neues militärisch-schändliches Programm. Er verlangte Kampf für König und Schick, erklärte, seine Fahnen gehörten auch hinein in die Kirche, und schließlich brüllte er:  
„Wacht dem deutschen Volk sein Gott wieder, und alles stand hat ein Ende!“  
Den Höhepunkt bildete dann die Ansprache Schicks. Ausdrücklich erklärte er sich mit der von Göring mitgeschickten Notverordnung einverstanden, wenn er die Spitze der Polizei habe, würde er sie recht gut anzuwenden wissen. Und dann brachte er die brutale offene schändliche Diktatur an, indem er erklärte:  
„Denn noch in dem eine Überwachungsarmee kommt, und die Erneuerung des Reichstags in Dresden ist beschlossen worden.“  
Er verzerrte auch den Charakter dieser Rede dadurch, daß er ausdrücklich sagte, daß es ein Streit darüber umweltsch. Die Rede wurde, die in Dresden zusammen wurde, wurde dann auch in Sachsen zum Schicksal ertränkt werden!

Bourgeoisie hat ihn wieder härter in den Hintergrund geschoben. Die politische Führung dieser schändlichen Sozialorganisation liegt in den Händen der Deutschen Volkspartei!  
Diese Tatsache enthält mit einem Schlag das Verbrechen der SPD-Führer, die in Sachsen eine Regierung von Stahlhelmfreunden stützen und, wie folgende Rede zeigt, eine Stahlhelmregierung in Thüringen in den Gatten erheben haben. Wir wollen leben, damit das SPD-Blatt dieses neue politische Verbrechen an der Arbeiterklasse verurteilt wird. Wir legen allen Arbeitern, besonders aber den schändlichen sozialdemokratischen Parteimitgliedern: Der Stahlhelm hat sich zum Führer des schändlichen Trostes gemacht — die SPD-Führer haben über den Reichstag in die Regierung! Wenn die Arbeiterklasse über den Reichstag sagen will, muß sie gleichzeitig mit den SPD-Führern brechen; denn diese Parteimitglieder des Stahlhelms und ihre Polizei ist nichts anderes als Schicksmacherei für den Reichstag!  
Einsichtige Partei haben Stahlhelms den unerschütterlichen Kampf angelegt, damit auch der Dresdener Stahlhelms, den kapitalistischen Reichstagsmitgliedern und ihren Regierungen. Diese Partei ist die KPD! Nur unter ihrem Banner wird die Klasse der proletarischen Klassenkampfes geist und in Regieren Kampf geführt werden können! Nur unter Führung der KPD wird der Stahlhelms zu Boden gedrungen, der Sozialismus legitimiert!

„Denn noch in dem eine Überwachungsarmee kommt, und die Erneuerung des Reichstags in Dresden ist beschlossen worden.“  
Er verzerrte auch den Charakter dieser Rede dadurch, daß er ausdrücklich sagte, daß es ein Streit darüber umweltsch. Die Rede wurde, die in Dresden zusammen wurde, wurde dann auch in Sachsen zum Schicksal ertränkt werden!  
Mit dieser Anklage hat der Stahlhelm sich an die Spitze der schändlichen Herden gestellt; die

Thüringen, 24. April. (Eig. Drahtmeldung.)  
Im Thüringischen Landtag wurde die Wahl der neuen Regierung vorgenommen. Die von nationalsozialistischen Reichstagsmitgliedern und Stahlhelmsmitgliedern gebildete Regierung wird durch die Thüringische Regierung nicht als legitim anerkannt. Die Thüringische Regierung wird sich nicht an der Regierung der Thüringischen Regierung beteiligen.  
Bei der Wahlversammlung über die neue Thüringische Regierung erklärte die Stahlhelmsmitglieder des Reichstags und Stahlhelms die parlamentarische Grundlage für die deutsche Regierung, und die Unterstützung der Stahlhelmsregierung.